

Mehr Platz an der Sonne

Kantonsrat will temporär die Stromproduktion aus Solaranlagen fördern



FOTOVOLTAIK Wer Strom aus Sonnenenergie produzieren will, erhält in den nächsten zwei Jahren ein «Startgeld» vom Kanton. AZ

Der Kanton wirft Geld auf, um Fotovoltaikanlagen mit einmaligen Startbeiträgen zu fördern. Diese Anschubfinanzierung ist auf zwei Jahre befristet. Auch die Wasserkraft erhält vom Kantonsrat neuen Schub.

STEFAN FRECH

Strom aus Sonnenenergie zu produzieren, ist zurzeit nicht rentabel. Der Bund hat deshalb einen Betrag zur kostendeckenden Einspeisvergütung gesprochen. Dieser ist aber wegen der eingeführten Mengenbegrenzung viel kleiner als die Nachfrage und bereits aufgebraucht: Vor allem Private, Ge-

werbter oder Landwirte, die auf Hausdächern kleinere Solaranlagen bauen möchten, müssen jetzt warten. Im Kanton Solothurn stehen fast 200 Projekte auf der Warteliste. Beim Bund ist eine Gesetzesänderung geplant, so dass die Mengenbegrenzung in rund zwei Jahren aufgehoben werden könnte.

Solange, bis der Bund wieder Geld gibt

Bis dahin kommt neu der Kanton Solothurn zu Hilfe und schüttet Gelder als Investitionshilfe für den Bau neuer Fotovoltaikanlagen aus: Der Kantonsrat hat gestern mit 68:21 Stimmen einen entsprechenden Auf-

trag von Barbara Wyss (Grüne) erheblich erklärt. Die kantonale Energiefachstelle plant, sich an den Ansätzen des Bundes zu orientieren und eine Anlage mit 2500 bis 3500 Franken pro Kilowatt Leistung zu subventionieren. Die Förderung ist auf zwei Jahre befristet bzw. bis die Mengenbegrenzung durch den Bund aufgehoben wird. Der Regierungsrat sieht in dieser Förderung vor allem eine konjunkturelle Stützungsmaßnahme, die dem regionalen Baugewerbe nützt.

Alle Fraktionen ausser der SVP sprachen sich für den Auftrag aus. Sie stellten sich auf den Standpunkt, dass die erneuerbaren Energien aus umwelt- und konjunkturpolitischen Gründen gefördert werden müssten. Der SVP-Sprecher hingegen, Hans Rudolf Lutz (Lostorf), wandte sich grundsätzlich gegen eine Förderung der Fotovoltaik durch den Kanton. Diese Form der Stromproduktion weise zu viele Nachteile auf: «Sie ist zu teuer und zu wenig effizient.» Auch werde bei der Herstellung der Solarzellen mehr CO₂ produziert als bei der Kernenergie. «Es ist also ein Unsinn, wenn wir diese Form der Stromproduktion subventionieren.»

Standesinitiative ging dann vielen zu weit

Einen zweiten Auftrag von Barbara Wyss fand hingegen im Kantonsrat keine Mehrheit: Sie hatte vom Regierungsrat die Ausarbeitung einer Standesinitiative gefordert, die eine Aufhebung der Mengenbegrenzung für erneuerbare Energien, also auch für die Fotovoltaik, verlangen sollte. Alle Fraktionen ausser den Grünen folgten aber der Meinung des Regierungsrats, dass eine Standesinitiative überflüssig sei. Der Bund arbeite ja bereits an einer Gesetzesänderung, damit die Beiträge erhöht werden können.

Neuer Schwung für Wasserturbinen

Sämtliche Fraktionen waren dafür, die zuständige Kommission ebenfalls und auch der Regierungsrat wollte dem Anliegen keinen Stein in den Weg legen: Der Kantonsrat überwies gestern einstimmig einen überparteilichen Auftrag, der die Stromproduktion durch Kleinwasserkraftwerke fördern will. Konkret wird die Regierung beauftragt, organisatorische und planerische Massnahmen zu ergreifen, um die Verfahren für den Bau und die Neukonzessionierung von Kleinwasserkraftwerken zu beschleunigen. Auslöser der Auftrags war eine Voranfrage für den Bau eines Kleinkraftwerks in Balsthal gewesen; die Antwort des Bau- und Justizdepartements hatte ein Jahr gedauert. Regierungsrat Walter Straumann bat gestern um Verständnis: In den vergangenen Jahren seien nur sehr wenige Gesuche für Kleinwasserkraftwerke eingegangen. «Das anspruchsvolle Bewilli-

gungsverfahren war deshalb Neuland für das Departement.» Straumann versprach, dass die künftigen Verfahren optimiert und die Bearbeitungszeiten reduziert werden könnten. Auch sei ab 2010 das neue Wassergesetz in Kraft, womit für die Konzessionserteilung keine Volksabstimmungen mehr nötig sein werden.

Die Fraktionssprecher räumten ein, dass im Kanton Solothurn nur ein beschränktes Potenzial für die Elektrizitätserzeugung durch Kleinwasserkraftwerke besteht. So führen viele Gewässer zu wenig Wasser oder sie beherbergen schützenswerte Tiere und Pflanzen. Die Fraktionen begrüßten deshalb den Vorschlag des Bau- und Justizdepartements, zunächst einmal alle Gewässer zu erfassen, die sich grundsätzlich für die Wasserkraftnutzung eignen würden. Damit besteht dann für die Interessierten eine Planungsgrundlage. (SFF)

In Kürze

Lukas Büttiker ist neuer Staatsanwalt



Der Kantonsrat hat Lukas Büttiker (1980) zum Staatsanwalt gewählt. Mit 49 Stimmen schaffte der Solothurner das absolute Mehr von 48 Stimmen in der ersten Runde. Marc Finger (1972, Egerkingen) holte 42 Stimmen, abgeschlagen kam Martin Zeltner nur auf 3 Stimmen. Damit ist der bisherige Staatsanwalt definitiv abgewählt. Im Mai hatte der 52-Jährige die Wiederwahl im 1. Wahlgang nicht geschafft. (MZ)

Aktion der Endlager-Gegner

«Verlocht uns nicht – das Niederamt dankt»: Mit Plakaten wie diesem haben vor der Session Mitglieder des Vereins Niederamt ohne Endlager die Kantonsratsmitglieder empfangen worden. An sich sollte der SP/Grüne-Auftrag (Kein Endlager im Niederamt) gestern behandelt werden. So weit kam das Parlament aber nicht. Das Geschäft ist nun nächsten Mittwoch an der Reihe. Ebenfalls auf nächsten Mittwoch verschoben worden ist die Behandlung der Vorstösse zur Raser-Problematik. (MZ)

Oberdörfer Steine für die Emme?

Regierungsrat muss Vorstoss für Erhalt des Steinbruchs Weberhüsli sofort beantworten

Sein oder nicht sein heisst es nächsten Mittwoch im Kantonsrat für den Oberdörfer Steinbruch – noch vor der Richtplanaufgabe.

Der Steinbruch Weberhüsli fällt aus dem Abbaukonzept 2010–2020 des Richtplanes. Nach dem Willen des Kantons sind die Tage der Grube in Oberdorf seit den 90er-Jahren gezählt – so schien es bis gestern. Mit Rückendeckung aller Fraktionen hat der Kantonsrat einen überparteilichen Auftrag für den Steinbruch als dringlich erklärt.

Peter Brotschi (CVP, Grenchen) begründete den Auftrag primär mit dem Hochwasserschutz-Bauprojekt Emme (siehe Dienstausgabe). Dieses war in den 90er-Jahren definitiv nicht aktuell. Für die 1. Etappe ab Mitte nächsten Jahres werden 45000 Tonnen Steine benötigt, für die 2. Etappe 2012 43000. Für die Auftragsinitianten ist nicht nachvollziehbar, dass ein Steinbruch geschlossen werden soll, dessen Rohstoff für ein aktuelles Projekt in der Nähe nachweislich verwendbar sei. «Inakzeptabel» sei, wenn die Steine zu guter Letzt noch aus dem Ausland angeschafft würden. Die Betreiberfirma Giacometto besitzt einen Gleisanschluss, der Schienentransport wäre also möglich. Ebenso sei das Argument des Kantons, der Steinbruch befinde sich im Bundesinventar der Landschaften und Naturden-

mäler von nationaler Bedeutung (BLN-Gebiet), nicht stichhaltig. Nur 500 Meter westlich liegt der Lommiswiler Steinbruch im gleichen BLN-Gebiet.

Jetzt oder nie?

Normalerweise äussert sich die Regierung zu Dringlichkeit und Inhalt eines Vorstosses nicht. Nicht in diesem Fall: Baudirektor Walter Straumann sieht die Dringlichkeit nicht gegeben. Er wies auch darauf hin, dass im Herbst das Richtplanverfahren beginne. Je nachdem, ob später Einsprachen weitergezogen würden, sei der Kantonsrat Beschwerdeinstanz. Mit dem Auftrag werde etwas zum Voraus herausgebrochen, was in eine Gesamtbetrachtung gehöre.

Einspracheberechtigt sind im Übrigen nur Einwohnergemeinden und Regionalplanungsgruppen. Der Vorstoss übernimmt quasi eins zu eins die Argumentation der Betreiberin der Grube sowie deren Besitzerin, der Bürgergemeinde Oberdorf. Letztere ist nicht einspracheberechtigt, die Einwohnergemeinde Oberdorf wiederum steht alles andere als vorbehaltlos hinter der Grube. Umso zutreffender war das Fazit von Kuno Tschumi (FdP, Derendingen): «Aus meiner langjährigen Erfahrung als Jurist weiss ich: Richtplan-Beschwerden sind aussichtslos. Wenn etwas raus muss, dann jetzt. Sonst steht man auf verlorenem Posten.» (MZ)

Umfrage

Unternimmt die Solothurner Regierung genug gegen die Wirtschaftskrise?

«Solothurner Politiker müssen aufwachen», fordert der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS). Der Vorwurf: Das Volkswirtschaftsdepartement sitzt die Wirtschaftskrise aus. Vor Beginn der gestrigen Session hat der GbS den Kantonsratsmitgliedern ein Flugblatt verteilt. Darin enthalten ein 9-Punkte-Konjunkturprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit, für die Schaffung eines Innovationsfonds und von Transferorganisationen, usw. Für die Umsetzung fordert der GbS die Einsetzung einer tripartiten Task-Force. (MZ)



Colette Adam, Rechtsanwältin und Notarin, SVP, Derendingen: «Mir scheint, dass die Krise für die Regierung inexistent ist.»



Roberto Zanetti, Geschäftsleiter Perspektive, SP, Gerlafingen: «Als ehemaliges Mitglied kritisiere ich die Regierung nicht öffentlich.»



Iris Schelbert, Heilpädagogin/Lehrerin, Grüne, Olten: «Die Wirtschaft muss nicht vom Staat dafür belohnt werden, dass sie sich selber in den Boden geritten hat. Sonst werden gar keine Lehren gezogen.»



Remo Ankli, Theologe, FdP, Beinwil: «Der Kanton Solothurn wird in den kommenden vier Jahren 900 Millionen in die Infrastruktur investieren. Dies ist die beste und nachhaltigste Stützung der Wirtschaft.»



Roland Fürst, Direktor Handelskammer, CVP, Gunzgen: «Von Konjunkturprogrammen bleibt oft nur eine hohe Staatsverschuldung übrig. Instrumente wie Kurzarbeit sind aber auszuschöpfen. Weitergehend ist gezielte Unterstützung sinnvoll.»



Thomas Eberhard, Buchhalter, SVP, Bettlach: «Mir fehlen seitens der Regierung Impulsprogramme respektive Ideen, so dass auch in der Krise Arbeitsplätze geschaffen werden können. Andere Kantone wie Zug oder Schwyz machens vor.»



Markus Knellwolf, Umweltingenieur, GLP, Obergerlafingen: «Für Konjunkturprogramme ist der Kanton zu klein. Mit Kurzarbeit oder dem Vorzug von Investitionen werden meiner Meinung nach die Möglichkeiten ausgeschöpft.»



Thomas Woodtli, Künstler, Grüne, Dornach: «Die Regierung könnte mehr Zeichen setzen, dass sich der Kanton antizyklisch verhält. Ein Beispiel ist der Umbau des Kantonsratssaals. Statt diesen zu forcieren, ist er zurückgestellt worden.»



Alexander Kohli, Geometer, FdP, Grenchen: «Übertriebenen Aktivismus lehne ich ab. Es sind aber Kleinigkeiten, mit denen man Krisenhilfe betreiben kann. Etwa, indem der Kanton als Debitor seine Zahlungsfristen auf neu 30 Tage verkürzt.»



Peter Brotschi, Lehrer/Journalist, CVP, Grenchen: «Der Einfluss der Regierung auf die Wirtschaftslage ist gering bis null. Sollte die Krise aber länger andauern, sind Beschäftigungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme zu starten.»